

# Neues vom Gesetzgeber – Das Ersatzkraftwerkebereitleistungsgesetz

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

**In hoher Schlagzahl baut die Regierung neue Gesetze. Da im Energiebereich kaum noch Marktkräfte wirken, muss auf veränderte Bedingungen administrativ und kleinteilig reagiert werden. Die Gasmangellage birgt hohes Risiko, wie die entsprechenden Gesetze auch.**

**von Frank Hennig**

Im liberalisierten Strommarkt reihen sich Kraftwerke nach ihren Grenzkosten ein. Je nach Bedarf und Preis kommen sie zum Einsatz oder auch nicht. Das regelte früher der Markt und eines wie oben angeführten Gesetzes bedurfte es nicht. Nun wird seit vielen Jahren in den Markt hineingegrätscht, es wird gefördert und verboten, was das Zeug hält. EEG-begünstigte Anlagen werden per Einspeisevorrang zwangsweise in den Markt gedrückt, konventionelle Kraftwerke werden durch Sonderlasten wie den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel belastet oder gleich ganz verboten.

Der Energiemix im Strombereich wurde zielgerichtet verengt und es blieb Erdgas als einzige „Brückentechnologie“. Wer je über die Unzuverlässigkeit der wetterabhängigen Wind- und Solarstromproduktion sprach, wurde von dauerprogressiven Energiewendern darüber belehrt, dass es bald viele hochmoderne, schnell regelbare Gaskraftwerke geben würde. So hatte es auch die Kohlekommission empfohlen, schon im Januar 2019. Passiert ist allerdings so gut wie nichts, denn der Regierung wohlwollender Blick galt ausschließlich dem möglichst schnellen und umfangreichen Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen.

Die weiteren Abschaltungen von Kern- und Kohlekraftwerken können aufgrund einer zu geringen Zahl an Gaskraftwerken nicht kompensiert werden. 30 bis 50 Anlagen fehlen – eher mehr. Nun mangelt es nicht nur an diesen Kraftwerken, sondern kriegsbedingt am Gas selbst. Obwohl einige Übereifrige nach Zero-Covid schon nach Zero-Gas riefen und selbst den Schieber schließen wollten, löst der sinkende Gasdruck regierungsseitig große Bedenken aus.

Was sich früher über die Merit Order am Strommarkt selbst erledigt hätte, erfordert nun staatliches Handeln. Mit dem EKWG sollen einige der verschmähten fossilen Kraftwerke wieder reaktiviert werden, natürlich nicht einfach so, sondern unter ordentlich bürokratischen Bedingungen. Und so ist das „Ersatzkraftwerkebereitleistungsgesetz“ auch nur eine Abkürzung und steht für „Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden

Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften“. Dazu fand im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Bundestages am 24. Juni eine öffentliche Anhörung statt. Es ging konkret um den „Entwurf einer Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP“ zu dem Gesetz. Ordnung muss sein.

Wie immer blickt man im Gesetzentwurf nichts aufs Ganze, sondern ausschließlich auf das knappe Gas, dessen Einsatz zur Stromerzeugung auch finanziell bestraft („pönalisiert“) werden soll. Die Technologien Kernkraft wie auch Windkraft kommen im 31-seitigen Entwurf nicht vor. Die eine ist Teufelszeug und soll nicht mehr erwähnt werden, bis sie hoffentlich am 31. Dezember ihr Leben in Deutschland aushaucht, die andere wird peinlich beschwiegen, weil sonst ihre Unfähigkeit zur Versorgung zur Sprache kommen würde. So blieb es mir und nicht der Vertreterin des klimafixierten Ökoinstituts vorbehalten, die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch Kernkraft zu erwähnen.

## Hü und Hott

Einigkeit bestand darüber, dass die Gasmangellage „sehr, sehr ernst“ sei, Putin wurde schuldig gesprochen, tiefer ging man bei den Ursachen leider nicht.

Sollte das Gesetz in Kraft treten, wirken zwei bestehende Gesetze gleichzeitig und gegensätzlich: Über das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) werden Kohlekraftwerke abgeschaltet, über das Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetz (EKWG) werden sie teilweise wieder aktiviert. Die deutsche Energiepolitik zeigt Symptome der Konfusion auf höchstem bürokratischen Niveau. Die Schlagzahl der Formulierung neuer Gesetze in immer kürzeren Fristen nimmt zu.

Der alte Römer Tacitus sprach: „Der verdorbenste Staat hat die meisten Gesetze.“ (Um der Gefahr des Vorwurfs der Delegitimierung des Staates zu entgehen, distanzieren sich umgehend von diesem Zitat und weisen daraufhin, dass damit das alte Rom gemeint war.)

Die Klimaziele sollen unberührt bleiben, offenbar vermutet man nur einen kurzfristigen Einsatz von Kohlekraftwerken, weshalb die Regelungen im Gesetz nur bis 31. März 2024 gelten sollen. Inwieweit und warum sich bis dahin die Lage grundlegend geändert haben sollte, wurde in der Anhörung an keiner Stelle deutlich. Dafür gab es die Idee, die zwangsläufig steigenden Emissionen schnellstens wieder „zurückzuholen“, natürlich durch die zügige Beschleunigung des schnelleren Ausbaus der „Erneuerbaren“.

Deutlich wurde, dass auch neue Gaskraftwerke nötig sind. Niemand versuchte, die Sektoren Strom und Wärme zu trennen, wie es einige Politiker und Pseudowissenschaftler und -innen tun, um die Kernkraft aus

der Diskussion herauszuhalten. Spätestens wenn egoistische Menschen bei administrativ abgesenkten Raumtemperaturen ihren Heizlüfter mit der Steckdose verbinden, wird die Überlappung der Sektoren deutlich. Zudem bleiben Gaskraftwerke für die Spitzenlast im Stromnetz weiter nötig, denn die reaktivierten Kohlekraftwerke müssen zunächst den entfallenden Strom aus Kernkraft ersetzen.

Noch sind Heizlüfter käuflich zu erwerben, aus guten Gründen gab es sie im DDR-Einzelhandel nicht. Besser wäre, die Bevölkerung würde von selbst auf den Einsatz solcher Geräte verzichten und Pullover überstreifen, aber der Weg zum klimagerechten Menschen dürfte noch viel grüne Erziehungsarbeit erfordern.

Ob die unter Zeitdruck zu verabschiedenden Energie-Gesetze nutzen oder eher schaden, wird die Zeit zeigen. Unverändert gilt, dass kleinteilige administrative Regelungen unweigerlich zum Bedarf weiterer Regulierung führen, denn man kann ihre Wirkung und mögliche Umgehungstatbestände nicht in Gänze vorhersehen.

## **Darf`s etwas weniger sein?**

Zunächst führt die planmäßige und angekündigte Revision der Nordstream-1-Leitung zum Stopp der russischen Gaslieferungen. Damit dürfte das Auffüllen der Speicher unterbrochen werden. Ob die Leitung wieder termingerecht in Betrieb geht, ist angesichts der politischen Unwägbarkeiten unklar. Die Liefereinschränkung durch einen fehlenden Verdichter wird auf jeden Fall bestehen bleiben, was Klimaminister Habeck als politisch verursacht feststellt. Inzwischen bestätigte Kanada allerdings, dass tatsächlich eine überholte Gasturbine für einen Verdichter aus Sanktionsgründen nicht zurück geliefert werden kann. Russland wird sich kaum bemühen, eine alternative Turbine einzusetzen. Gazprom-Chef Miller sagt, man könne über Nordstream 2 liefern. Das wollen wir natürlich nicht.

Unterdessen erweckt unsere Situation in der Ukraine Mitleid. Seit dem 16. März ist das Land mit dem europäischen ENTSO-Stromverbundnetz gekoppelt und Energieminister **Haluschtschenko** bietet Deutschland Strom aus ukrainischen Kernkraftwerken an. Etwa 50 Prozent des Stroms in der Ukraine hat seinen Ursprung in der Kernspaltung. Das größte europäische Kernkraftwerk (KKW) steht bei Saporischschja, ist derzeit allerdings unter russischer Kontrolle. Etwa 14 Gigawatt KKW-Leistung stehen zur Verfügung, es gibt eine Vereinbarung mit Westinghouse zur Optimierung von zwölf Reaktoren und zum Bau weiterer neun Blöcke. Eine Reaktion unserer Regierung auf das Angebot ist nicht bekannt, natürlich müsste man es aus Gründen der Sicherheit (in der Ukraine) ablehnen.

Die Aussichten sind trüb wie ein Gurken-Smoothie mit Banane und Rucola. Die Energiepolitik der Ampel wird durch die Grünen dominiert. Das hilft „dem Klima“ nicht, denn die Grünen sind keine Klimaschutz-, sondern eine Antiatompartei. Das Festhalten an einer Achtziger-Jahre-Ideologie ist

reaktionär und kontraproduktiv, bestimmt aber den Kurs der Ampelregierung. Es wird noch mindestens zwei Politikergenerationen brauchen, bevor wie bei den finnischen Grünen ein Umdenken einsetzt.

Bis dahin wird es noch eine Fülle neuer Gesetze geben müssen, um die Energieplanwirtschaft zu gestalten. Bürokratie und Preise steigen, Versorgungssicherheit und Lebensniveau sinken. Grün wirkt.

Die Dokumentation zur Veranstaltung incl. Video (1:24h)

Meine Stellungnahme zum Gesetzentwurf

---

## **Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen – vom Anfang einer üblen Affäre**

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

**Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen. Und bedient sich gegenüber Herausgeber Henryk M. Broder dabei auch noch eines einschlägig bekannten Jargons.**

**Von Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner und Fabian Nicolay.**

Wie viele Affären, so kommt auch diese mit einer scheinbaren Petitesse ins Rollen. Ein kleiner Denunziant verspritzt auf Twitter anonym sein Gift gegen Achgut.com. Die Firma Audi ignoriert dies nicht etwa, sondern verspricht servil, den Fall zu prüfen. Einige Tage später cancelt unser Anzeigen-Mediapartner Taboola sämtliche Anzeigen auf Achgut.com auf Veranlassung eines in Deckung bleibenden „Premiumkunden“. Das gefährdet unsere Existenz. Die Achse soll plattgemacht werden. Und die Meinungsfreiheit gleich mit. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei der VW-Konzern und die dazugehörige Firma Audi. Eine Mitarbeiterin des Unternehmens befleißigte sich gegenüber Achgut-Herausgeber Henryk M. Broder sogar ungeniert eines einschlägig bekannten Jargons und berief sich auf „Exklusionslisten“ des Konzerns.

Aber eines nach dem anderen.

„Auweia“, schreibt am 10. Juni auf Twitter ein anonymes Denunziant mit dem stimmigen Namen „WahnSager“ an die Volkswagen-Tochter Audi: „Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners,

Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? (Screenshot von heute) @volkswagen“. Der „Wahnsager“ bezieht sich dabei auf einen Beitrag des Kritikers der Corona-Maßnahmen Stefan Homburg. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Professor i. R. für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover und Gastautor von Achgut.com. Zu seinen Corona-Beiträgen auf Achgut.com in den letzten Jahren muss man nicht mehr sagen als dies: Homburgs Warnungen und Kritikpunkte haben sich inzwischen größtenteils bestätigt und gehören mehr oder weniger zum Stand des Wissens. Und wahrscheinlich ist genau das das Problem von Twitter-Gestalten wie dem „Wahnsager“.

Nun könnte man meinen, die Beurteilung von journalistischen Beiträgen und die Zurkenntnisnahme von anonymen Denunziationen sei nicht unbedingt das Kerngeschäft der hundertprozentigen VW-Tochter Audi. Ein Unternehmen, das wie der Volkswagen-Konzern samt Audi seine Existenz zum großen Teil an den chinesischen Markt gekettet hat, sollte mit seinen „Compliance-Regeln“ eigentlich nicht allzu auffällig wedeln.

## **Inklusions- und Exklusionslisten**

Da haben wir uns aber geirrt. Ein „Audi Official“ antwortete dem Twitter-Wahnsager stante pede:

*„Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend überarbeiten“.*

Eine etwas irritierte Anfrage von Achgut.com-Herausgeber Henryk M. Broder (den gesamten Mailwechsel finden Sie weiter unten) an Audi lautete: *„Ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose Denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „Überarbeitung“ ihrer Blacklist anbieten. würden Sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen Kriterien Ihre Blacklist erstellt und wem bis jetzt die Ehre zuteil wurde, in diese Liste aufgenommen zu werden?“*

Daraufhin bekam er folgende Antwort: *„Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen“.* Soweit Cornelia Böhm, Abteilung Social Media von Audi.

Henryk M. Broder schrieb daraufhin folgende Mail, auf die keine Antwort mehr erfolgte:

*„Sehr geehrte Frau Boehm, ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der Tragweite ihrer Aussage bewusst sind, bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. Möglich, dass Sie bei der Ausbildung für ihre jetzige Tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer Zeit*

*eine Aufgabe war, die in die Zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen Folgen für die Exkludierten, wie sie hier nachlesen können. Allein die Unbefangenheit, mit der sie die Begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich. Es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren Vorgesetzten reden würden – wofür die Exklusion von Menschen, Gruppen oder Unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen Denunziation sanktioniert werden. Ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche Praxis Teil der AUDI-Unternehmenskultur sein könnte“.*

## **Reicht ein polizeiliches Führungszeugnis?**

Nun wissen wir, dass es bei AUDI Inklusions- und Exklusionslisten gibt, die laufend überarbeitet werden, was vermutlich bedeutet, dass die einen reinkommen und die anderen rausfliegen. Gilt das nur für Werbeanzeigen oder auch für Kunden? Muss jemand, der sich ein AUDI-Auto kaufen will, einen Ahnenpass vorlegen oder reicht ein polizeiliches Führungszeugnis? Die AUDI AG ist ein Unternehmen der VW-Gruppe, weltweit aktiv und dem Zeitgeist verpflichtet. Der Volkswagen-Konzern ist teilweise ein Staatsbetrieb mit einer großen Sperrminorität des Landes Niedersachsen („VW-Gesetz“)

Unser Anzeigen-Mediapartner Taboola ließ uns in einem Telefongespräch, an dem auch der „Country Manager für die Dachregion“ Thomas Koch teilnahm, unverblümt wissen, dass man zu Beginn unserer Zusammenarbeit keine Probleme mit unseren (seitdem unveränderten) Inhalten habe, inzwischen spiele man aber in einer anderen Liga und habe es mit großen börsennotierten Konzernen zu tun. Und die hätten sich beschwert (Das Gespräch liegt uns als Mitschrift dokumentiert vor). Bei einer internen „Überprüfung“ zog man dann allerhand Voodoo hinzu, darunter ausgerechnet die Beurteilung von „NewsGuard“, einem (Eigenwerbung) „Vertrauens-Tool fürs Netz“, sprich so eine Art privatwirtschaftliches Wahrheitsministerium, verwandt mit den „Fakten-Checkern“ à la „Correctiv“ (von denen NewsGuard gern Urteile übernimmt).

Achgut.com hatte in einer Serie über das korrumpierte „Vertrauenstool“ enthüllt: „Das Unternehmen „NewsGuard“ versucht Achgut.com durch Rufmord wirtschaftlich zu ruinieren. Es geht oft um pharma- und impfkritische Beiträge. Einer der größten Geldgeber von NewsGuard ist der Medienkonzern „Publicis“, der in den USA wegen krimineller Pharma-Kampagnen angeklagt wird.“ Und so dreht sich die bezahlte oder anonyme Denunziation munter im Kreise und bezieht sich stets auf sich selbst. Taboola kam dann mit Hilfe von NewsGuard zum Schluss, das Achgut.com „ein bisschen islamophobisch“ sei, und – man höre und staune – „die Wirksamkeit der Vakzine verneine“. Insgesamt zeigt sich in dem Rauswurf von Achgut.com eine perfekte Symbiose von Großunternehmen- und Wokeness-Ideologie.

## Gerettet haben uns unsere Leser

So mangelte es auch in der Vergangenheit nicht an Versuchen, die Achse des Guten wirtschaftlich zu ruinieren, weil dies die einzige Möglichkeit ist, ein unbequemes Medium zu beseitigen, das seit nunmehr 18 Jahren (!) wahrhaftig berichtet und schlicht die Meinungsfreiheit im ursprünglichen Sinne in Anspruch nimmt. Unter dem Motto „KeinGeldFuerRechts“ versuchte bereits 2015 ein Mitarbeiter der Großagentur Scholz & Friends, uns in den Ruin zu treiben, indem unsere damalige Anzeigenagentur ebenfalls genötigt wurde, die Zusammenarbeit mit uns zu kündigen. Seitdem hat sich unser Anzeigengeschäft nur geringfügig erholt, da man erfahrungsgemäß nie wieder von den sogenannten „Blacklists“ herunterkommt. Lesen Sie dazu alles in unserem Dossier „Denunziantengate“.

Gerettet haben uns damals unsere Leser mit Spenden und Patenschaften, wofür wir Ihnen ewig dankbar sind. Die heutige Situation ist allerdings noch bedrohlicher, weil unser Aufwand und unser Angebot deutlich gewachsen sind, wir Achgut.com aber weiterhin kostenlos für alle bereitstellen und dies nicht ändern wollen. Die Vorgänge zeigen letztendlich die Relevanz von Achgut.com in der öffentlichen Debatte. Was auf Achgut.com thematisiert wird, ist in der Welt. Es kann nicht mehr ignoriert werden. Und deshalb soll die Achse weg. Besonders stört unsere Verankerung im liberalen Bürgertum. Und daher rührt letztendlich auch die konzertierte Aktion, uns zu schaden. Gegen unbedeutende Medien muss man solche Geschütze nicht auffahren.

Der Wegfall der meisten Werbeeinnahmen trifft uns hart, da Spenden und Patenschaften alleine nicht für die Aufrechterhaltung von Achgut.com ausreichen. Wir von Achgut.com werden in den nächsten Tagen beraten, wie wir mit dieser Situation umgehen. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass heute keine neuen Beiträge erscheinen, morgen setzen wir die Berichterstattung bis auf Weiteres wie gewohnt fort. Bis dahin bleibt uns nur der Appell:

- Unterstützen Sie uns mit einer Patenschaft oder einer Spende, damit achgut.com weiter erscheinen kann. Unsere Rücklagen reichen für einen langfristigen Weiterbetrieb nicht aus.
- Wir verstehen selbstverständlich alle Leser, die uns in diesen schwierigen Zeiten finanziell nicht unterstützen können, und freuen uns umso mehr über jene, die es doch tun.
- Im Übrigen können alle uns helfen, indem sie diesen Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit publik machen und weiterverbreiten.
- Insbesondere Kunden des Volkswagenkonzerns und der Firma Audi können ihre Meinung bei diesen Unternehmen direkt kundtun, egal ob per E-mail, per Social Media oder persönlich beim Händler ihres Vertrauens.

### Audi

- Cornelia Böhm: <https://www.linkedin.com/in/corneliab%C3%B6hm//>

- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/audi-ag/>
- facebook: <https://www.facebook.com/AudiDE>
- twitter: <https://twitter.com/AudiOfficial>
- instagram: [https://www.instagram.com/audi\\_de/](https://www.instagram.com/audi_de/)

### **Volkswagen:**

- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/volkswagen-ag/>
- facebook: [https://www.facebook.com/VolkswagenDE/?brand\\_redir=126633520699374](https://www.facebook.com/VolkswagenDE/?brand_redir=126633520699374)
- instagram: [https://www.instagram.com/volkswagen\\_de/](https://www.instagram.com/volkswagen_de/) <https://twitter.com/VW>

### **Taboola:**

- Thomas Koch: <https://www.linkedin.com/in/kochthomas/>
- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/taboola/>
- favebook: <https://www.facebook.com/tabooladach>
- twitter: <https://twitter.com/taboola>
- Wir wissen, dass uns auch zahlreiche Mitarbeiter des Volkswagen-Konzerns gerne lesen, weil Achgut.com stets eine Lanze für das Auto als individuelles Fortbewegungsmittel der selbstbestimmten Bürger bricht. Liebe Mitarbeiter des VW-Konzerns, kommunizieren Sie diesen Skandal an Ihre Kollegen weiter, gerade Ihr Protest bei Ihren Vorgesetzten ist besonders wichtig.
- Es geht nicht nur um uns, sondern auch um die Freiheit von uns allen. Wir danken allen unseren Lesern und Demokraten in diesem Land.

Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner, Fabian Nicolay

## **Anmerkung der EIKE Redaktion**

Wir unterstützen die ACHSE des Guten und erklären uns solidarisch. Was bei unserem Blog mangels der Entzugsmöglichkeit von Werbung durch den Entzug der Gemeinnützigkeit versucht wird, versucht man bei werbefinanzierten Blogs, diesen durch Entzug derselben, die Existenzgrundlage zu nehmen. Daher bitten wir unsere Leser, diesen Blog nach ihren Möglichkeit zu unterstützen.

**Dokumentation: Im Folgenden der Schriftwechsel zwischen Henryk M. Broder und der Audi AG sowie das Kündigungs-Schreiben unserer Anzeigen-Agentur**

Von: Broder Henryk

Gesendet: Dienstag, 14. Juni 2022 15:11

An: xxx (I/GP) ; xxx (I/GP)

Cc: xxx (I/GP-C1) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Betreff: wahnsager und blacklist

guten tag, frau xxx, frau xxx, frau boehm,

guten tag, herr xxx,

ich heiße henryk m. broder und bin mitherausgeber der seite „achse des guten“.

erlauben sie mir eine anfrage. auf dem twitter-account „WahnSager“ vom 10 juni

findet sich ein an sie gerichteter eintrag eines anonymen nutzers:

– *Auweia*

*@AudiOfficial*

*Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners, Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? –*

worauf ein AudiOfficial antwortet:

Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend überarbeiten.

ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „überarbeitung“ ihrer blacklist anbieten. würden sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen kriterien ihre blacklist erstellt und wem bis jetzt die ehre zuteil wurde, in diese liste aufgenommen zu werden? und noch etwas: sollte ich auf die idee kommen, mir einen audi zu kaufen, könnten sie mir garantieren, dass er nicht in einem ihrer werke in der uiguren-provinz Xinjiang hergestellt wurde, in der das chinesische regime arbeits- und umerziehungslager unterhält? produkte aus dieser region stehen nämlich auf meiner blacklist.

mit der bitte um eine zeitnahe und zitierfähige antwort

mit besten grüßen

ihr hmb

link: <https://twitter.com/WahnSager/status/1535186438752542721>

\*\*\*\*\*

On Thursday, June 16, 2022, 08:25:05 AM GMT+2, Boehm, Cornelia (I/GP-C1) wrote:

Sehr geehrter Herr Broder,

Vielen Dank für Ihre Anfrage.

Ich hoffe sehr, Sie genießen den Feiertag!

Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen.

Mit besten Grüßen aus Ingolstadt,

Cornelia Böhm

Mit freundlichen Grüßen / Best regards,

Cornelia Böhm

Social Media

Find me on LinkedIn

AUDI AG I/GP-C1 D-85045 Ingolstadt Tel.: xxx Mobile: xxx Write me a mail!

\*\*\*\*\*

— Forwarded Message —

From: Broder Henryk

To: Arnold, Dirk (I/GP) ; Mellinghoff, Susanne (I/GP) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Cc: Weigel, Janina (I/GP-C1) ; Clemendt, Sina (I/GP-U)

Sent: Friday, June 17, 2022, 04:27:23 PM GMT+2

Subject: Re: AW: wahnsager und blacklist

sehr geehrte frau boehm,

ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der tragweite ihrer aussage bewusst sind,

bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. möglich, dass sie bei der ausbildung für ihre jetzige tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer zeit eine aufgabe war, die in die zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen folgen für die exkludierten, wie sie hier <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichssicherheitshauptamt> nachlesen können. allein die unbefangenheit, mit der sie die begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich.

es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren vorgesetzten reden würden – wofür die exklusion von menschen, gruppen oder unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen denunziation sanktioniert werden. ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche praxis teil der AUDI-unternehmenskultur sein könnte.

ich wünsche ihnen ein inklusives wochenende

hb

\*\*\*\*\*

**Wir stellten am Donnerstag den 23.06.2022 fest, dass über unsere Anzeigen Agentur Taboola, mit der wir seit Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten, keinerlei Werbung mehr ausgespielt wurde. Auf Anfrage erhielt unser Büroleiter von dort folgende Antwort:**

Hallo Christoph,

es tut mir leid, dass die Codes nicht angezeigt werden. Wir hatten eine unangenehme Situation, auf die wir kurzfristig reagieren mussten. Das Ausschalten vom Feed wurde als temporäre Lösung angewendet, bis das Problem vollständig untersucht werden konnte.

Von unserem Premium-Advertiser haben wir starke Beschwerden zur Polarität und Kontroversität der Inhalte von Achgut erhalten. Als Reaktion darauf hat sich unser Content Review Team die Inhalte genauer angeschaut. Dazu wurden mehrere interne sowie externe Check-Tools angewendet. Im Ergebnis der Prüfung kamen unsere Content Review- und Policy-Teams zu dem Schluss, dass die auf Achgut veröffentlichten Inhalte den Publisher-Richtlinien von Taboola nicht entsprechen. Infolgedessen muss die Partnerschaft zwischen Achgut Media und Taboola beendet werden.

Es tut mir leid, dass ich dir diese unangenehme Nachricht überbringen

muss, denn ich habe unsere Zusammenarbeit immer genossen. Diese Entscheidung kann ich jedoch nicht beeinflussen. Wenn nötig, können wir gern dazu persönlich sprechen. Ansonsten bekommt ihr am Montag eine offizielle E-Mail vom Legal dazu.

Was die Auszahlungen angeht, werden alle ausstehenden Gutschriften von uns selbstverständlich beglichen.

Ich danke dir für unsere Zusammenarbeit und hoffe auf dein Verständnis.

Kind regards / Viele Grüße

K. O

\*\*\*\*\*

*Lesen Sie zum Thema bei Achgut bitte auch*

*„Skandalchronik einer deutschen Industrieperle“*

*„Gegen die Macht der Denunzianten“*

*„Feigheit als Markenkern“*

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

## Europa kann den Winter nicht überleben

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

**Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Die Erdgaskrise in Europa könnte nicht erst im Winter oder im Oktober beginnen, sondern schon im Juli oder August 2022.**

**von Stefan Frank**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90 / Die Grünen) hat am Wochenende die lange erwartete Energiewende verkündet: Deutschlands Kohlekraftwerke werden wieder Strom produzieren. In den letzten Tagen habe sich die Lage am Gasmarkt verschärft, erklärte der Minister:

*„Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die*

*Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muss weiter sinken, dafür muss mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng.“*

Um den Gasverbrauch zu senken, solle „weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden“. Sehr vernünftig. Dann werden also die Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 länger laufen, um die Katastrophe abzuwenden? Vielleicht werden stillgelegte Reaktoren wieder in Betrieb genommen? Nein: „Stattdessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen“. Der „Klimaschutz“ ist eben doch nicht so wichtig. Ein Déjà-vu-Erlebnis: Die gleiche Ankündigung hatte es schon vor fast vier Monaten gegeben. *Spiegel online* meldete am 28. Februar 2022:

*„Inzwischen heißt es im [Bundeswirtschafts-] Ministerium auch, dass in den kommenden Monaten vor allem Kohlekraftwerke die Stromproduktion übernehmen sollen – und nicht Gaskraftwerke. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, die derzeit extrem niedrige Füllstände aufweisen.“*

Offenbar musste die Idee im Wirtschaftsministerium wie ein Käse mehrere Monate reifen, ehe sie umgesetzt wurde.

## **Rekord bei der Erdgasverstromung**

In der Zwischenzeit wurde tüchtig Erdgas verstromt, als gäbe es kein Morgen. Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, der die Website Energy Charts betreibt, die der Öffentlichkeit interaktive Grafiken zu Stromproduktion und Börsenstrompreisen bietet, berichtete letzte Woche auf Twitter:

*„Im Mai wurden mehr als 4 TWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat. Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten.“*

Eigentlich. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, so Burger, „hätten im Mai mehr Strom liefern können, um teures Erdgas bei der Stromerzeugung einzusparen. Die Kraftwerksleistung in Betrieb war deutlich höher als die Erzeugung der Kraftwerke.“

Weiter schreibt er: „Im Mai 2020 haben Braunkohlekraftwerke auf die tageszeitlichen Schwankungen der Strompreise reagiert. Im Mai 2022 waren es die Gaskraftwerke.“

Mehr Kohlekraftwerke, sagt Robert Habeck, würden „für eine Übergangszeit“ benötigt. Übergang zu was? Und wie lange wird diese Übergangszeit dauern? Habeck suggeriert mit dem Begriff, dass es eine Sache von Monaten oder wenigen Jahren wäre, dass russisches Erdgas durch Gas, das in flüssiger Form (LNG) aus den USA und Katar kommt, ersetzt werden könne. Erstens aber wird LNG aufgrund des aufwendigen Prozesses (Verflüssigung, Transport per Schiff, Regasifizierung) immer teurer sein, als es das Pipelinegas früher war. Darum sollte es sich verbieten, es überhaupt zur Stromproduktion zu verwenden. Zweitens gibt es auf dem Weltmarkt gar keine derartig großen Kapazitäten, die auf Deutschland und die EU warten.

## Wie prekär Europas Situation wirklich ist

Unter dem Titel: „Vor der kommenden Energiekrise gibt es kein Entkommen“ gab Anas Alhajji, Chefökonom des Beratungsunternehmens *NGP Energy Capital Management*, vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview im Podcast *MacroVoices*(*ab Minute 15:20*). Er machte deutlich, wie prekär Europas Situation wirklich ist. Die Konfrontation zwischen Europa und Russland, so Alhajji, sei so, wie wenn zwei Personen einander in die Finger bissen:

*„Wer wird zuerst schreien? Derjenige, der zuerst schreit, verliert, obwohl beide vielleicht nur der Bruchteil einer Sekunde trennt. Beide werden also schreien, aber einer um den Bruchteil einer Sekunde vor dem anderen. Und Europa wird verlieren. Russland hat einen Haushaltsüberschuss. Russland hat einen Handelsüberschuss. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Und das ist der Grund, warum es die Sanktionen hinauszögert – weil sie wissen, dass sie nicht überleben können.“*

Er wies auf die allerjüngsten Kalamitäten hin: Am 9. Juni ereignete sich eine Explosion mit nachfolgendem Brand in einer Erdgasverflüssigungsanlage des amerikanischen Unternehmens Freeport, rund hundert Kilometer südlich von Houston. Das LNG-Terminal, auf das etwa 20 Prozent der amerikanischen LNG-Exporte entfallen, wird für viele Monate ausfallen.

Damit fallen LNG-Lieferungen weg, die niemand ersetzen kann. Einen Tag zuvor hatte Algerien – ein Verbündeter Putins – seinen Banken angeordnet, keine Geschäfte mehr mit spanischen Unternehmen zu machen und einen Stopp der Gaslieferungen angedroht. Auch das eine potenzielle Katastrophe für die EU.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bescheinigt Alhajji, anders als die Europäer einen Plan zu haben. Alhajji prognostiziert eine

Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August 2022. Einige langfristige Lieferverträge endeten im nächsten Monat – dann werde Russland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden. „Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober.“

## **Hurrikansaison könnte Europas Pläne durchkreuzen**

Weiteres Ungemach droht: Das gesamte LNG, das von den USA nach Europa exportiert wird, stammt aus dem Golf von Mexiko. Und die Hurrikansaison steht vor der Tür. Derzeit werden 14 bis 21 Tropenstürme „mit Namen“ vorhergesagt. Sechs bis zehn davon könnten laut der Vorhersage zu Hurrikanen werden (Windgeschwindigkeiten von 119 km/h und mehr). Drei bis sechs zu schweren Hurrikanen (178 km/h und mehr). „Wir wissen, dass selbst Hurrikane, die keine Zerstörung anrichten, Verzögerungen im Schiffsverkehr mit sich bringen“, so Alhajji:

*„Europa könnte also in Schwierigkeiten kommen, obwohl die Erdgasspeicherstände gestiegen sind und derzeit ein komfortables Niveau erreicht haben. Das kann innerhalb von Tagen ausgelöscht werden, wenn keine zusätzlichen Lieferungen kommen.“*

Die Suche nach weiteren LNG-Lieferanten ist nicht vielversprechend, zumal Europa auf dem LNG-Markt in Konkurrenz zu Asien steht. Katar, so Alhajji, habe „nichts zu liefern, allein deshalb, weil alles über Verträge verkauft ist“. Algerien habe nichts anzubieten, „und wenn es die Lieferungen nach Spanien einstellt, gibt es eine schwere Krise“. „Wo also wird das Gas herkommen?“, fragt er.

Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig nicht in der Lage, einen Ausfall der russischen Lieferungen zu kompensieren. Es werde eine große Lücke geben, Europa werde sich wieder an Russland wenden müssen – das den Europäern aber vielleicht gar kein Erdgas mehr verkaufen werde, ehe nicht alle Sanktionen aufgehoben sind. Den europäischen Regierungen werde nichts anderes übrig bleiben, als sich Moskau zu beugen. Anderenfalls, glaubt Alhajji, würden die Regierungen stürzen und neue gewählt werden. „Putin gewinnt in jedem Fall, egal, was die Presse sagt.“

Was die LNG-Exporte der USA betrifft, rechnet er damit, dass sie mittelfristig in Amerika auf Widerstand stoßen werden. Hintergrund: Um die Erdgaspreise in den USA niedrig zu halten, waren Ausfuhren bis 2014 verboten. Erst durch den Schiefergas-Boom (Fracking) hatten die Vereinigten Staaten so viel Erdgas übrig, dass Exporte nicht mehr auf politische Ablehnung stießen. Doch die LNG-Exporte haben zu einem

starken Preisanstieg von Erdgas auf dem amerikanischen Inlandsmarkt geführt. Wie sehr der Export die Preise treibt, zeigte sich, als die Nachricht der Explosion in dem Freeport-LNG-Terminal die Erdgaspreise in den USA einbrechen ließ (während sie in Europa als Reaktion in die Höhe schossen), weil geringere Exporte eine höhere Menge für den amerikanischen Markt bedeuten. Alhajji glaubt:

*„Wenn die Erdgaspreise in den USA auf 12 oder 14 Dollar [der bisherige Jahresrekord liegt bei 9,50 US-Dollar/mmBtu ; S.F.] steigen, wird es amerikanische Politiker geben, die, obwohl sie pro-Ukraine und für die Unterstützung der EU sind, sagen werden, die LNG-Verkäufe nach Europa müssen beschränkt werden.“*

Bei Benzin und Diesel erwägt die US-Regierung tatsächlich schon jetzt Exportbeschränkungen. Von Moderator Erik Townsend gefragt, ob es für Europa einen Ausweg gebe, wenn es bereit sei, „Kompromisse bei den Klimazielen“ zu machen, antwortete Alhajji:

*„Das ist der traurige Teil. Es gibt eine beschränkte Fähigkeit dazu. Einige Länder haben sogar noch Kraftwerke, die mit Öl betrieben werden können, andere haben noch Kernkraftwerke. Doch das Problem ist: Sie haben die meisten stillgelegt. Sie wieder in Betrieb zu nehmen, würde viel Zeit und massive Investitionen erfordern. Diese Option existiert also, aber in begrenztem Umfang.“*

Die Europäer müssten „wirklich ihre Politik überdenken“. Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben. „Und Menschen werden sterben, entweder an der Hitze oder der Kälte.“

## **Der Bundeskanzler fragt in Kolumbien nach Kohle**

In dieser Situation redet Habeck die Wichtigkeit der Kohlekraftwerke klein, indem er sagt, sie würden für eine „Übergangszeit“ betrieben werden. Wir wissen natürlich, warum er das tut. Er hält Kohlekraftwerke für Sünde und kann seinen Brüdern und Schwestern im Geiste nicht die Wahrheit zumuten: dass diese Sünde nun zur Normalität wird. Wer aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass es so sein muss: Deutschland konnte überhaupt nur dank des billigen russischen Erdgases auf Kernenergie und Kohle gleichzeitig verzichten (oder meinte, das zu können). Ohne das Erdgas muss man sich für eine der beiden anderen Optionen entscheiden, solange Außerirdische uns noch nicht die Batterietechnologie gebracht haben, mit der sich der von Windkraft- und Solaranlagen produzierte Strom speichern lässt, um Vorräte für Stunden, Tage, Wochen und Monate zu schaffen.

Es ist indessen ein schwerer strategischer Fehler der Regierung,

öffentlich zu erklären, die Kohlekraftwerke würden nur für kurze Zeit, als „Notlösung“ eingeschaltet. Warum? Weil Menschen nötig sind, die sie betreiben und warten. Wenn man diesen sagt, dass ihre Arbeit nicht geschätzt und auch nur von kurzer Dauer ist, ehe man sie ab 2024 wieder als „Klimakiller“ diffamieren wird, haben sie dazu vielleicht gar keine Lust. Wir haben kürzlich über die Energiekrise in Australien berichtet. Dabei spielen auch marode Kohlekraftwerke eine Rolle, die nicht mehr ausreichend gewartet werden, weil sie ja angeblich nur auf Abruf in Betrieb sind. „Das Problem ist, dass, wenn Sie den Leuten, die Sie unterstützen, sagen, dass Sie ihre Dienste nicht mehr benötigen und nur noch fünf Jahre bleiben, sie anfangen werden, die Wartungsprogramme abzuwickeln, weil sie für zehn oder zwanzig Jahre geplant hatten“, sagte Paul Flynn, der Vorstandsvorsitzende von Australiens größtem Kohlekonzern Whitehaven Energy, letzte Woche auf der Konferenz *Australian Financial Review ESG Summit*. „Sie sehen jetzt den Beweis dafür, dass die Unzuverlässigkeit [der Kraftwerke] zunimmt, aber das war durchaus zu erwarten.“

Der Krieg gegen die Kohle – samt der Weigerung zahlreicher Banken und Versicherungen, Unternehmen als Kunden zu akzeptieren, deren Geschäft die Kraftwerkskohle ist – hat zudem zu einer kartellähnlichen Situation geführt: Es gibt, verglichen mit früher, nur noch relativ wenige Kohleunternehmen, und kaum eines von ihnen denkt auch nur daran, seine Produktion substanziell zu erhöhen. Wenn die Konzerne nun Investitionen tätigen sollen, die sich erst im Lauf von vielen Jahren amortisieren werden, müsste man ihnen allen jetzt das politische Signal senden, dass die Kohle noch lange gebraucht werden wird und der Krieg gegen die Kohle beendet ist.

Die Bundesregierung setzt beim Kohlekauf stattdessen auf Telefondiplomatie. Wie zu lesen ist, hat Bundeskanzler Olaf Scholz den kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque angerufen hat, um auf eine Expansion des Steinkohletagebaus El Cerréjon zu drängen. El Cerréjon, eine der größten Kohleminen der Welt, befindet sich im Alleinbesitz des Schweizer Unternehmens Glencore, seit Glencore letztes Jahr die Anteile der beiden Joint-Venture-Partner BHP und Anglo American für ein Butterbrot gekauft hat.

Ein deutscher Bundeskanzler telefoniert also mit dem Staats- und Regierungschef von Kolumbien und bittet um mehr Kohle. Wer denkt da nicht gleich an den Begriff „Bananenrepublik“? Was seine Berater Scholz vielleicht nicht gesagt haben: Präsident Duque ist nur noch bis zum 7. August im Amt. Am Sonntag wurde der frühere Linksterrorist Gustavo Petro zu seinem Nachfolger gewählt. Die schlechten Nachrichten – bzw. die guten für Putin – reißen wahrlich nicht ab.

Zumindest ihre jetzigen Entscheidungen und ihre Wortwahl hat die Bundesregierung hingegen in der Hand. Die notwendigen Investitionen in Kohleproduktion, Kraftwerke und Transportkapazitäten werden gehemmt oder verhindert, wenn alle glauben, dass sie sich nicht rentieren werden,

weil Kohle ja angeblich keine Zukunft habe. Es gibt viele Faktoren, die die Bundesregierung nicht – oder heute nicht mehr – beeinflussen kann. Aber in Worten und Taten weiterhin gegen Kohle – und erst recht gegen die Kernenergie – vorzugehen, das ist ein Fehler, der Putin freut, uns aber teuer zu stehen kommen wird. Und dazu einer, der völlig vermeidbar wäre. Im Tennis gibt es dafür den Begriff *unforced error*.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

---

## Was ist los in Dänemark?

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

### Von Klaus Dieter Humpich

Was geschieht im schönen Dänemark, daß sich gleich zwei junge Unternehmen (Seaborg Technologies und Copenhagen Atomics) mit der Entwicklung von Kernreaktoren der Generation IV beschäftigen? War doch bisher für alle „Ökos“ Dänemark das Paradies für Windkraft und Bioenergie. Konnte man sich doch bisher einen schlanken ökologischen Fuß machen, da die Bevölkerung nicht einmal doppelt so groß ist wie die von Berlin und 76% der Arbeitnehmer in der Dienstleistung tätig sind und damit 79% des BIP erwirtschaften. Das bisschen Stahl für die Windmühlen, den Dünger für die intensive Landwirtschaft und die paar Autos konnte man sich bequem auf dem Weltmarkt zusammen kaufen. Die damit verbundenen Umweltbelastungen und der Energieverbrauch gehen halt auf das Konto der Erzeuger. Apropos Autos: Unsere grüne Verkehrssenatorin in Berlin bekommt immer leuchtende Augen, wenn sie von der „Fahrradstadt“ Kopenhagen schwärmt. Warum sollte man auch nicht in Kopenhagen Fahrrad fahren, ist doch annähernd so groß wie Bremen und genauso flach. Allerdings gibt es dort in der Innenstadt Hauptverkehrsachsen mit 3 Fahrspuren + 1 Busspur + 1 Fahrradspur. Nur die Fußgänger müssen sich etwas anpassen, da diese Magistralen nur mit zweimal grün zu überqueren sind. Schön sind auch die Nahverkehrszüge mit großen Fahrradabteilen. Trotzdem stehen die Pendler von und nach Kopenhagen (Großraum über 1,5 Millionen) täglich im Stau. Man kann eben nicht alles haben: Billige Wohnung und gut bezahlter Arbeitsplatz in Bullerbü geht nirgends auf der Welt.

In Dänemark ist aber ein weiteres dickes Ende abzusehen: Bereits heute wird schon oder erst – je nach Blickwinkel – die Hälfte der elektrischen Energie durch Windkraft erzeugt. Ein Netz mit so hohem fluktuierenden

Anteil überhaupt am Laufen zu halten, geht nur mit der Wasserkraft in Norwegen, der Kernenergie in Schweden und der Kohle in Deutschland. Da aber alle „Ökos“ in Europa glauben, sie könnten ihre Stromlücken problemlos beim Nachbarn auffüllen, ist damit bald Schluß. Was bleibt, sind die hohen Stromkosten und wahrscheinliche Zwangsabschaltungen. Absehbar zeichnen sich die Grenzen des Wachstums der Windindustrie ab. Die immer größer werdenden Konflikte mit Umweltschützern und den belästigten Anwohnern haben die Schlangenölverkäufer bereits auf die Nord- und Ostsee hinausgetrieben. In einem in der Menschheitsgeschichte bisher nie da gewesenen Ausmaß und Tempo wird das Meer industrialisiert. Es ist halt wie mit den Schornsteinen der frühen Industrialisierung: Einige wenige waren ein willkommenes Fortschrittssymbol, aber ab einem gewissen Ausmaß zeichnete sich der Fluch der Luftverschmutzung ab. Einige wenige „Vogelschredder“ steckt die Natur locker weg, aber eine voll gepflasterte Nordsee wird zur ökologischen Katastrophe für Fauna und Flora. Wer gegenteiliges behauptet, ist ein Ignorant und hat nichts aus der Technikgeschichte gelernt.

## **Klein und smart passt gut zusammen**

Es ist kein Zufall, daß sich gerade die dünner besiedelten Staaten für kleine und „moderne“ Reaktoren interessieren:

- Ihre (lokalen) Netze sind meist zu klein, um konventionelle Reaktoren wirtschaftlich betreiben zu können.
- Sie verfügen über keine Schwerindustrie, die die erforderlichen großen Bauteile (z. B. Reaktordruckbehälter) herstellen kann. Es sind deshalb besonders „drucklose“ Konzepte von Interesse.
- Sie verfügen über zahlreiche kleine fossile Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung (Fernwärme, Industriebetriebe) die ersetzt werden müssen.
- Dänemark verfügt über eine beachtliche Flotte großer Containerschiffe (Maersk) für die neue Antriebskonzepte gefunden werden müssen (synthetische Brennstoffe und/oder nuklear).
- Die skandinavischen Länder betreiben seit Jahrzehnten Leichtwasserreaktoren, die bereits eine Menge abgebrannter Brennelemente angehäuft haben – aber zu wenig für eine konventionelle Wiederaufbereitung. Die derzeitige Lösung, der dauerhaften unterirdischer Zwischenlagerung in Bergwerken, schreit förmlich nach neuen Ansätzen.

Geht man von diesen Rahmenbedingungen aus, ist es nicht verwunderlich, daß sich gleich zwei Unternehmen mit der Entwicklung von Reaktoren mit Salzschnmelzen beschäftigen.

### **Salzschnmelze-Reaktoren**

Wenn man geeignete Salze auf einige hundert Grad erhitzt, werden sie flüssig wie Wasser. Andererseits sind sie dann noch weit entfernt zu verdampfen und damit Druck aufzubauen. Mit einfachen Worten: Man kann

einen Reaktor bauen, der beachtliche Temperaturen (bis etwa 700°C) bereitstellt und trotzdem nahezu drucklos bleibt. Wenn man nun Salze aus Uran, Thorium, Plutonium und Minoren Aktinoiden (das sind die, die eine so langfristige Lagerung des Atommülls erforderlich machen) bildet und unter die Salzlösung mischt, erhält man einen Brennstoff, der gleichzeitig der Wärmeträger ist. Also anders als bei konventionellen Reaktoren, wo fester Brennstoff in Hüllrohre verpackt, mit Wasser, Natrium etc. zur Kühlung umgeben wird. Beide Konstruktionsweisen haben spezifische Vor- und Nachteile, die hier nicht näher diskutiert werden. – wie immer in der Technik, wo es grundsätzlich nur Optima gibt und nicht (nur) das Gute oder Schlechte. Selbst wenn man die Reaktortechnik auf Salzschnmelzen einengt, ergeben sich noch dutzende verschiedene Konstruktionen. Es empfiehlt sich daher, vorab Gedanken zu machen, welche Anwendungen man anstrebt.

## **Die Gemeinsamkeiten der Dänen**

Sowohl Seaborg, wie auch Copenhagen Atomics streben langfristig eine Serienproduktion an. Dafür müssen die Reaktoren so klein (Gewicht und Abmessungen) sein, daß sie sich komplett fertigen und transportieren lassen. Seaborg will sie auf Bergen in Werften installieren und anschließend betriebsbereit über den Wasserweg zum Verbraucher schleppen. Copenhagen Atomics geht noch einen Schritt weiter und will die komplette Anlage mit Pumpen, Wärmeübertragern und allem notwendigen Zubehör in einen handelsüblichen 40-Fuß-Container einbauen. Es geht also in die Richtung „Autofabrik“ und weit weg von der verfahrenstechnischen Großbaustelle heutiger Kernkraftwerke. Das kann die Kosten senken und vor allem ganz neue Märkte erschließen: Seit dem Krieg gegen die Ukraine wird auch hier breiten Schichten die Bedeutung von „Wärme“ und nicht nur elektrischer Energie für eine Industriegesellschaft bewußt. Es gibt einen riesigen Bedarf für Wärme mit „ein paar hundert Grad“ z. B. in der chemischen und verarbeitenden Industrie. Man stelle sich einmal vor, man könnte die tausende Kessel ( $< 100 \text{ MW}_{\text{th}}$ ), die überwiegend aus teurem Erdgas und Heizöl nur Warmwasser und Dampf für die Produktion herstellen, durch „Nukleare Container“ ersetzen. Angeliefert und aufgestellt in wenigen Tagen, gemietet und betreut (die Reaktoren laufen voll automatisch) von Service Unternehmen, die für ein paar Cent die erforderliche Wärme bereitstellen. Welch verlockende Perspektive gegenüber dem irren Umweg aus „Grünem Wasserstoff“ Niedertemperaturwärme machen zu wollen.

Es gibt aber noch ein weiteres Anwendungsfeld, das sich Laien nicht so ohne weiteres erschließt, aber Reedern unter den Nägeln brennt: Seeschiffe geraten durch strengere Umweltschutzvorschriften und explodierende Treibstoffpreise immer mehr unter Druck. Langfristig bleibt nur der nukleare Antrieb als Ausweg, wenn man „fossil“ nicht mehr will. Egal ob bei großen Schiffen durch Reaktoren an Bord oder durch voll elektrischen Antrieb bei kleineren Schiffen mit „nuklearen Tankstellen“ auf dem Meer. Viele Reeder setzen auch auf Ammoniak als

Treibstoff. Diesen Sektor hat auch Copenhagen Atomics in seinen Überlegungen.

## **Salzschmelze, zwei Fliegen mit einer Klappe?**

Wenn man auf der Basis von Thorium arbeitet, erschließt man sich einen neuen Brennstoff, der noch viel häufiger als Uran vorkommt und zur Zeit schlicht weg Abfall (z. B. bei der Gewinnung seltener Erden) ist. Thorium erzeugt im Gegensatz zum Uranzyklus heutiger Leichtwasserreaktoren praktisch keinen langlebigen Atommüll (Plutonium-Isotopen, Minore Aktinoide). Im Gegenteil, man kann mit ihnen den Reaktor starten und sie so gewinnbringend vernichten. Copenhagen Atomics bezeichnet ihren Reaktor deshalb auch als „Waste Burner“. Gestartet wird der Reaktor mit einem Gemisch aus Thoriumfluorid und Plutoniumfluorid. So wie sich das Plutonium aufbraucht, wird gleichzeitig aus dem Thorium spaltbares Uran-233 „erbrütet“. Wichtig dabei ist, daß man – anders als für Mischoxid-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren – kein möglichst reines Plutonium benötigt, sondern es kann durchaus mit Spaltprodukten verunreinigt sein (Proliferation) und soll sogar alle Minoren Aktinoide mit umfassen. Man kommt so zu wesentlich einfacheren Aufbereitungsverfahren für den zwischengelagerten „Atommüll“. Angestrebt sind hier eher reine (kurzlebige) Spaltprodukte, die einfach endgelagert werden können – kleine Menge (< 5%) und kurze Zerfallszeiten, die schnell zu schwach strahlendem „Restmüll“ führen. Ist der Gleichgewichtszustand erreicht, wird nur noch Thorium verbraucht.

## **Arbeiten wie bei Rickover**

Man kann es sich heute gar nicht mehr vorstellen: Das erste Atom-U-Boot überhaupt, die USS Nautilus, wurde in nur fünf Jahren „erfunden“ und gebaut – und das mit den Hilfsmitteln der frühen 1950er Jahre. Dies war nur durch einen ingenieurtechnisch streng pragmatischen Ansatz möglich. An diese Vorgehensweise fühlt man sich bei Copenhagen Atomics erinnert. Werkstoffprobleme (Korrosion in heißem Salz) werden durch Tests gelöst. Zu diesem Zweck hat man sich eigene Prüfstände entwickelt, in denen vollautomatisch verschiedene Salzmischungen und (handelsübliche) Werkstoffe unter Betriebsbedingungen untersucht werden. Nicht „kaufbare“ Komponenten, wie z. B. die Umwälzpumpen sind selbst entwickelt und getestet worden. Das Gleiche betrifft die gesamte Instrumentierung und die notwendige Regelung. Salzmischungen in der erforderlichen Reinheit sind zumindest nicht in den erforderlichen Mengen zu kaufen. Deshalb wurde eine eigene Salzproduktion aufgebaut. Man ist jetzt an dem Punkt angekommen, einen „nicht nuklearen“ Reaktor in Originalgröße in Betrieb zu nehmen und damit Dauertests durchzuführen zu können.

Die Philosophie dahinter ist, nicht Unmengen von Papier und Berechnungen zu produzieren, mit denen man zu einer Genehmigungsbehörde geht und jahrelange theoretische Diskussionen führt, bis endlich mal etwas gebaut wird. Sondern ein konkretes Objekt vorzuzeigen und damit in den

Genehmigungsprozess einzusteigen – quasi den Spieß umzudrehen. Was augenscheinlich funktioniert, muß mit starken Argumenten sicherheitstechnisch entkräftet oder eben zugelassen werden. Heute ist es eher üblich, bei theoretischen Diskussionen für jedes gelöste Problem drei neue aufzuwerfen. So kommt es, daß bei allen SMR-Projekten dreistellige Millionenbeträge der Investoren verbrannt sind, bevor der erste Spatenstich erfolgt. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man Genehmigungsverfahren als Stundenlohnarbeiten durchführt.

Bauen, statt nur Papier zu produzieren, hat noch einen weiteren Vorteil. So ist es Copenhagen Atomics gelungen, Gerätschaften die sie für den eigenen Reaktor entwickelt haben, bereits an andere Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu verkaufen. Dies generiert nicht nur Umsatz während der Entwicklungsphase, sondern ermöglicht ganz natürlich die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Darüberhinaus wird so sehr schnell aus einem Startup eine Marke.

## **Der schwierige Übergang in die nukleare Phase**

An diesem Beispiel zeigt sich, in welcher fatale Lage sich Europa selbst gebracht hat. Es mangelt nicht an klugen Köpfen, die sich für Kerntechnik begeistern. Immer mehr junge Leute gehen wieder den anspruchsvollen Weg eines Studiums der Kerntechnik. Das Bild von einer Jugend der „Freitagshüpfer“, die irgendwas aus den Weiten der „Genderwissenschaften“, dem „Klimaschutz“ oder sonstigen „Geschwätzwissenschaften“ studieren, um möglichst schnell eine Stellung im Staatsdienst zu ergattern, ist eine Erfindung der (meisten) Medien. Es wäre auch genug privates Kapital vorhanden, trotz aller Subventionen für „Grüne Technik“. Es klemmt heute an ganz anderen Dingen.

Ein Extrembeispiel ist Deutschland. Hier wäre ein Genehmigungsverfahren neuer Reaktoren gar nicht mehr möglich. Was ist, wenn Plan A, wir machen alles mit Wind, Sonne und Erdgas einfach nicht funktioniert? Wie lange glaubt man die Bevölkerung noch auf Kurs halten zu können, wenn die Energiepreise weiter steigen und Massenarbeitslosigkeit die Folge wird? Seit Minister Trittin hat man die deutschen Fachbehörden systematisch ruiniert, indem man frei werdende Stellen stets nach ideologischer Grundhaltung besetzt hat. Man hat sogar – im Gegensatz zu unseren Nachbarn – alles, was irgendwie nach Kerntechnik aussieht, an den Universitäten „auslaufen“ lassen. Was nicht sein darf, kann auch nicht sein.

Wie wird man in Dänemark reagieren, wenn im nächsten Schritt mit radioaktiven Stoffen gearbeitet werden müßte? Welche Behörden haben den Willen und die Fähigkeiten den Bau eines „Forschungsreaktors“ zu genehmigen und zu begleiten? Wahrscheinlich wird dieses Projekt, wie viele andere, Europa Richtung USA oder Asien verlassen müssen. Europa ist in Fragen von Wissenschaft und Technik zu einem mittelalterlichen Kirchenstaat verkommen. Erforscht oder gar gebaut werden darf nur noch, was das Wohlgefallen der „geistigen Obrigkeit“ findet.

Der Beitrag erschien zuerst auf der Webseite des Autors hier

---

# Energiewende: Grosser Ressourcenverbrauch und enormer CO<sub>2</sub>-Ausstoss

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

**Wie klimafreundlich ist eigentlich die Umstellung auf erneuerbare Energie? Dieser Frage sind österreichische Forscher nachgegangen. Das Resultat: Die konsequente Umstellung auf Wind- und Solarstrom führt zu enormen Mengen an zusätzlichem CO<sub>2</sub>.**

*Von Peter Panther*

Der Ausbau der erneuerbaren Energie in Deutschland soll gewaltig werden. So hat es zumindest Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in seinem «Osterpaket» angekündigt: Bereits heute stehen an Land fast 30'000 Windräder, die eine totale Nennleistung von 56 Gigawatt haben. Bis 2030, also in acht Jahren, soll sich die Windleistung aber auf 115 Gigawatt verdoppeln. In diesem Jahrzehnt ist also mit Zehntausenden weiterer Windräder zu rechnen.

Noch grösser soll der Zubau bei der Fotovoltaik ausfallen. Die über zwei Millionen Solaranlagen, die in Deutschland bereits installiert sind, bringen eine Nennleistung von 59 Gigawatt. 2030 sollen es aber 215 Gigawatt sein – also weit mehr als das Dreifache.

Millionen neuer Solaranlagen und Zehntausende zusätzlicher Windräder: Das geht mit einem riesigen Ressourcenverbrauch einher. Denn der Bau einer einzigen grossen Windanlagen benötigt 260 Tonnen Stahl, 4,7 Tonnen Kupfer, drei Tonnen Aluminium und zwei Tonnen Seltene Erden. Zudem braucht eine solche Anlage ein stabiles Fundament in Form eines Betonsockels, der zwanzig Meter tief in den Boden reicht. Dazu sind 1200 Tonnen Beton nötig.

## Hunderte von Quadratkilometern Solarflächen

Auch Sonnenstrom ist extrem materialintensiv: Es müssen Hunderte von Quadratkilometern Fläche mit Fotovoltaik-Modulen überdeckt werden, die ebenfalls aus Stahl, Eisen, Kupfer und Aluminium und zudem aus Silizium, Silber und Indium bestehen. Pro Kilowattstunde sind bei der Fotovoltaik

fünfzigmal so viel Kupfer, hundertmal soviel Aluminium und fünfmal so viel Eisen wie bei Strom aus Kernenergie nötig.

Die Herstellung solcher Materialien ist energieintensiv, und es entsteht dabei viel CO<sub>2</sub>. So ist etwa die Produktion von Zement, des Hauptbestandteils von Beton, ausgesprochen CO<sub>2</sub>-intensiv. Auch die Herstellung von Stahl geht mit einem grossen Ausstoss sogenannter Klimagase einher. Insgesamt sind Eisen, Stahl, Kupfer, Aluminium und Beton heute bereits für ein Siebtel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Da liegen die Fragen auf der Hand: Wie klimafreundlich ist eigentlich die Energiewende selber? Mit wie viel CO<sub>2</sub> ist zu rechnen, wenn die gesamte globale Energieproduktion konsequent auf erneuerbar getrimmt wird?

## **Zehn Prozent des verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budgets**

Diesen Fragen sind österreichische Forscher der Universität für Bodenkultur in Wien unter Führung von Professor Helmut Haberl in einer Studie nachgegangen. Diese Studie erschien im April im Fachmagazin «Journal of Cleaner Production». Die Autoren haben dabei abgeschätzt, welche Auswirkungen es hat, wenn die gesamte Weltenergieproduktion bis 2050 ohne fossile Brennstoffe und Kernkraft auskommen soll und stattdessen durch Sonne, Wind, Wasser und Biomasse gesichert wird.

Das Resultat ist eindrücklich: Die angemahnte Energiewende beansprucht bis zum Jahr 2050 zehn Prozent der weltweiten Eisenproduktion, zwanzig Prozent der weltweiten Aluminiumherstellung und sogar dreissig Prozent der globalen Kupferproduktion. Und der Ressourcenverschleiss ist mit einem bedeutenden Ausstoss von Kohlendioxid verbunden. Dieser ist so gross, dass dafür bis zu zehn Prozent des verbleibenden weltweiten CO<sub>2</sub>-Budgets reserviert werden müssen.

## **Die Energiewende ist selber klimaschädlich**

Als CO<sub>2</sub>-Budget bezeichnen Klimaforscher diejenige Menge an Kohlendioxid, die ihrer Meinung nach höchstens noch ausgestossen werden darf, damit sich die Erde total um nicht mehr als 1,5 Grad erwärmt. Derzeit beträgt dieses Budget 400 Milliarden Tonnen. Die Energiewende selber könnte somit zu einer zusätzlichen Emission von 40 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> führen. Das ist mehr, als die Welt heute in einem Jahr insgesamt ausstösst.

Diese Zahlen lassen nur einen Schluss zu: Die Energiewende ist selber enorm klimaschädlich. Das gilt zumindest, wenn man an die Klimawirkung

von CO<sub>2</sub> glaubt.

Leider haben es die Wiener Forscher verpasst, zu dieser unbequemen Wahrheit zu stehen. Stattdessen suggerieren sie, dass die angestrebte Dekarbonisierung eben doch ökologisch sein könne. Wenn man materialeffiziente Technologien bevorzuge, in der Industrie kohlenstoffarme Verfahren anwende und stark auf Recycling setze, seien die zusätzlichen Emissionen weitgehend vermeidbar.

## **Kaum Beachtung für die Studie**

Man gibt sich also der Hoffnung hin, dass man den enormen Treibhausgas-Ausstoss wegen der Energiewende schon irgendwie wegbringen kann – und sei es mit Technologien, die erst noch erfunden werden müssen. Das dürfte aber unter Umständen schwierig werden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Zementherstellung etwa sind chemisch bedingt und können durch keine Effizienzmassnahme zum Verschwinden gebracht werden. Es bleibt nur, das entstandene Kohlendioxid aus der Abluft abzuscheiden und unter dem Meeresboden zu lagern. Ob dieses Verfahren aber je grossmasstäblich bereit steht, ist ungewiss.

Eigentlich müssten die Erkenntnisse der Forscher aus Wien ein Weckruf sein und Ökostrom-Fans ins Grübeln bringen. Danach sieht es allerdings nicht aus – und das liegt vor allem an den Medien: Die Studie wurde im deutschsprachigen Raum fast vollständig totgeschwiegen. Nur der österreichische «Standard» hat darüber berichtet.

Studie:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959652622016213?via%3Dihub>